



Katholischer Deutscher
FRAUENBUND

KDFB e.V.
Kaesestraße 18
50677 Köln

Tel. 0221/860 92-0
Fax 0221/860 92-79
[bundesverband@
frauenbund.de](mailto:bundesverband@frauenbund.de)
www.frauenbund.de

Stellungnahme

Frauengesundheit

Die Gesundheit von Frauen und Mädchen zu fördern und zu erhalten, gehört zu den Kernanliegen der internationalen Frauenbewegung. Die Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking hat bereits vor zwanzig Jahren festgehalten: „Die Gesundheit der Frau umfasst ihr emotionales, soziales und körperliches Wohlbefinden und wird durch ihr soziales, politisches und wirtschaftliches Lebensumfeld sowie von biologischen Faktoren bestimmt.“

Für den Katholischen Deutschen Frauenbund e.V. (KDFB) gehört Frauengesundheit seit langem ganz selbstverständlich zu seinen Themen. Auch dank des Einsatzes des KDFB hat sich seit Peking viel getan. Angesichts neuer Herausforderungen wollen wir das Engagement für eine geschlechtergerechte Gesundheitspolitik und -versorgung beibehalten.

Aus Sicht des Frauenbundes ist es unabdingbar, dafür einen ganzheitlichen Gesundheitsbegriff zu Grunde zu legen. Der Zusammenhang von Gesundheit und Lebensumwelt ist umfassend zu berücksichtigen. Dies erfordert Beteiligung und Zusammenwirken möglichst vieler Akteurinnen und Akteure aus den unterschiedlichen Fachdisziplinen und Ressorts. Der KDFB setzt sich für eine Gesundheitsversorgung ein, die die Gesundheit aller Frauen unabhängig von Familienstand, Alter, Wohnort und Herkunft sichert. Die unterschiedlichen Phasen im Lebenslauf sind dabei ebenso konsequent einzubeziehen wie die Wechselwirkungen im Lebensverlauf.

Frauen sind aufgrund biologischer Faktoren, insbesondere aber auch durch soziale Bedingungen, von anderen Gesundheitsrisiken betroffen als Männer. Häusliche Gewalt und Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit Sexualität, Schwangerschaft und Geburt zählen zu den besonderen Risiken im Lebenslauf von Frauen. Traditionelle Praktiken wie Genitalverstümmelungen oder Zwangsverheiratung im Kindesalter stellen in manchen Kulturkreisen ganz erhebliche Beeinträchtigungen der Integrität und Gesundheit von Mädchen dar. Außerdem sind Frauen und Männer aufgrund gesellschaftlicher Zuschreibungen und Rollenmuster in Familienleben und Berufswelten mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Auch dies hat verschiedene Auswirkungen auf ihre physische und psychische Gesundheit.

Als Verband von Frauen aller Generationen und aus christlicher Überzeugung heraus macht sich der KDFB stark für den Schutz des Lebens in seiner besonders verletzlichen Phase des Lebensanfangs. Die Entwicklungen der Reproduktionsmedizin und der vorgeburtlichen Diagnostik wird der KDFB weiterhin besonders in den Blick nehmen.

Gute Pflege ist ein wesentlicher Bestandteil guter Gesundheitsversorgung. Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Pflegekräften, Pflegefachkräften

und pflegenden Angehörigen, von denen deutlich über drei Viertel Frauen sind, und bessere Informationen über diese Angebote sind Teil unseres Frauen-Gesundheits-Plans.

Für den KDFB gilt: Ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem ist erst dann erreicht, wenn die Genderperspektive durchgängig einbezogen ist sowie Frauen an der Definierung von Qualitätsstandards und Maßnahmen der Qualitätssicherung aktiv beteiligt sind. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen an den medizinischen Fakultäten, in Kliniken sowie innerhalb der Selbstverwaltungen und Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens muss deshalb deutlich erhöht werden.

Der KDFB fordert: Verantwortliche in der Politik, bei den Sozialversicherungsträgern, im Gesundheitswesen, in der medizinischen Forschung sowie Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen eine geschlechterbezogene Gesundheitserhaltung, Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung für alle Frauen verfolgen, umsetzen und weiterentwickeln.

Der KDFB nimmt auch die Kirchen als wichtige Akteure im Gesundheitswesen mit ihren Krankenhäusern, Altenheimen, Beratungseinrichtungen, Pflegedienstleistern und Sozialstationen in die Pflicht. Seelsorge und die spirituelle Begleitung von Gesunden und Kranken ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung und muss sichergestellt werden (spiritual care).

Als christlicher Frauenverband sieht sich der KDFB selbst in der Verantwortung, gemeinsam mit anderen Frauenverbänden und kirchlichen Partnern die formulierten Ziele mit Nachdruck weiter zu verfolgen.

Gleiche Gesundheitschancen

Die Beseitigung von sozial bedingten ungleichen Gesundheitschancen muss aus Sicht des KDFB Priorität in Gesundheitspolitik und medizinischer Versorgung haben. Dafür ist es für den KDFB zwingend notwendig, die Auswirkungen der jeweiligen Lebensumwelten von Frauen auf ihre Gesundheit zu berücksichtigen. Maßnahmen zur Gesundheitsförderung müssen insbesondere verletzte Gruppen von Frauen (und Männern) besser erreichen. Eine tatsächliche Chancengleichheit ist herzustellen.

Der KDFB fordert:

- die weitere Umsetzung des Präventionsgesetzes (2015) durch die einzelnen Sozialversicherungsträger konsequent geschlechterbezogen durchzuführen. Die Aufnahme der Kategorie Geschlecht in das Präventionsgesetz war ein wichtiger Schritt. Dies allein ist allerdings nicht ausreichend.
- eine noch stärkere Berücksichtigung von nichterwerbstätigen Personen in Programmen und bei Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Rehabilitation einhergehend mit einer Entbürokratisierung der Antragstellung. (etwa Menschen im SGB-II Bezug oder pflegende Angehörige)
- eine wohnortnahe medizinische Versorgung im ländlichen Raum hinreichend herzustellen, dabei sind auch niederschwellige, neue Strukturen zu prüfen.

- ein flächendeckendes Angebot von psycho-sozialen Beratungsstellen und Therapieplätzen für Frauen mit psychischen Belastungen zu schaffen.
- verbesserte Präventionsmaßnahmen und Entlastungsstrukturen für die Gesamtheit der in stationärer, ambulanter sowie häuslicher Pflege Tätigen zeitnah zu schaffen.
- gleichberechtigten Zugang von älteren Frauen sowie von Migrantinnen zu Rehabilitationsmaßnahmen zu ermöglichen.
- den barrierefreien Zugang von Frauen mit Beeinträchtigungen zu medizinischer Versorgung, zu Rehamaßnahmen sowie (frauen-)ärztlichen und psychotherapeutischen Einrichtungen sicherzustellen.
- weitere gesundheitsbezogene Maßnahmen und Unterstützungsangebote für nach Deutschland geflüchtete Mädchen und Frauen zu entwickeln, um deren spezifische gesundheitliche Belastungen und Risiken nachhaltig zu berücksichtigen und ihren Zugang zu medizinischer Versorgung sicherzustellen. Dazu gehört auch die finanzielle Sicherstellung von Institutionen und Verbänden, die sich vor Ort für die betroffenen Mädchen und Frauen engagieren.

Forschung und Gesundheitsinformationen

Eine genderorientierte medizinische Forschung ist maßgeblich für die Gesundheitsförderung und medizinische Versorgung von Frauen (und Männern). Das beinhaltet auch die Bereitstellung von zielgruppengerechten und geschlechterbezogenen Gesundheitsinformationen.

Der KDFB fordert:

- Rahmenbedingungen zu schaffen für eine stärker geschlechterbezogene medizinische Forschung sowie eine bessere gendersensible ärztliche Beratung und Betreuung durch obligatorische Genderorientierung in medizinischen Ausbildungen und in der Hochschullehre.
- Gesundheitsdaten systematisch zu erheben und nach Geschlecht aufzuschlüsseln.
- unabhängige, gut verständliche Gesundheitsinformationen auf Basis evidenzbasierter medizinischer Erkenntnisse bereitzustellen und stärker zu verbreiten, um informierte Patientenentscheidung für Frauen (und Männer) sicherzustellen und zu fördern.
- Arzneimittelinformationen von Medikamenten in einfacher Sprache zu verfassen sowie etwaige geschlechterdifferente Informationen zu Dosierung, Neben- und Wechselwirkungen aufzuführen, da Frauen und Männer u.a. aufgrund unterschiedlicher Hormonhaushalte verschieden auf Arzneimittel reagieren können.

Geburt und Mutterschaft

Sehr häufig erfahren Frauen Schwangerschaft und Geburt nicht mehr als natürliche Ereignisse, sondern als Vorgänge, die auf eine engmaschige medizinische Begleitung angewiesen sind. Allein der Anstieg der so genannten Risikoschwangerschaften sowie die ungebrochen hohe Kaiserschnitttrate verdeutlichen dies. Frauen sehen sich hohem gesellschaftlichem Druck ausgesetzt, Kinderwunsch und Berufslaufbahn möglichst reibungslos miteinander verbinden zu müssen.

Werdende Mütter sehen sich hohem gesellschaftlichem Druck gegenüber, alle Untersuchungsmethoden während der Schwangerschaft zur Abschätzung einer etwaig vorliegenden Krankheit oder Behinderung ihres Kindes in Anspruch zu nehmen.

Der KDFB fordert:

- dass junge Frauen frühzeitig über Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft informiert sind, um selbstbestimmt Entscheidungen, die den eigenen Lebensverlauf beeinflussen, treffen zu können.
- die Kategorien zur Einstufung einer Risikoschwangerschaft zu überprüfen. Allein durch das heutige spätere Lebensalter von Frauen bei Erstgeburten gelten viele Schwangerschaften – trotz der mittlerweile vorliegenden Erfahrungen von in der Regel unkompliziert verlaufenden Schwangerschaften und Geburten – formal als problematisch.
- die Kaiserschnittraten durch weitere strukturelle Veränderungen der Entbindungspraxis in den Kliniken zu senken. Dazu gehört die Ermöglichung einer Eins-zu-Eins-Betreuung während der Geburt, etwa durch den Ausbau von Hebammenkreißsälen und eine insgesamt bessere Zusammenarbeit von Ärztinnen, Ärzten und Hebammen.
- die Gesundheit von Müttern unter anderem durch ausreichende Angebote von Mutter/Vater-Kind-Kuren zu erhalten und zu fördern.

Prävention und Arbeitsschutz

Die präventive Ausrichtung des Gesundheitsschutzes ist grundsätzlich von größter Bedeutung. Krankheit und Leiden zu verhindern hat Vorrang vor nachsorgender Behandlung. Der klassische Arbeitsschutz darf durch die neuen Präventionsanstrengungen nicht aufgeweicht werden. Bestehende arbeitsschutzrechtliche Verpflichtungen des Arbeitgebers müssen erhalten bleiben. Für den KDFB ist in diesem Zusammenhang zentral, dass die Weiterentwicklung des Mutterschutzgesetzes als Teil des Arbeitsschutzrechtes erfolgt. Hierbei gilt es, angesichts geänderter Lebens- und Arbeitswirklichkeiten von Frauen, die Balance zwischen Schutz und Diskriminierung von schwangeren/stillenden Erwerbstätigen sorgsam im Blick zu behalten.

Der KDFB fordert:

- eine gendergerechte Ausgestaltung des Arbeitsschutzes zu gewährleisten.
- das seit 1966 bestehende Recht auf eine schwangerschaftsgerechte Umgestaltung des Arbeitsplatzes besser bekannt zu machen und tatsächlich umzusetzen.
- ein modernisiertes Mutterschutzgesetz, das gewährleistet, dass schwangere Frauen und das ungeborene Kind keinen Risiken ausgesetzt sind. Dieser Schutz muss auch für Selbständige gelten.

Frauengesundheit im Lebenslauf

Der erste Gesundheitsbericht der Bundesregierung hat vor 15 Jahren ältere Frauen, Mädchen und Migrantinnen aus der Berichterstattung ausgeklammert, Damit schnitt der Bericht nicht nur wichtige Lebensphasen aus seiner Beobachtung aus, es konnte auf diese Weise auch nicht gelingen, das Zusammenwirken

verschiedener Einflussfaktoren im Lebenslauf auf die Gesundheit der Frauen sichtbar zu machen. Gynäkologische Unterversorgung im Jugendalter, Schwangerschaftskomplikationen der erwachsenen Frau, ungenügende Erwerbsteilhabe und armutsbedingte Exklusion von Gesundheitsleistungen im Alter sind im Lebenslauf einer Frau nicht selten aufeinander folgende und miteinander durch Wirkungsketten verknüpfte Risiken, deren Überwindung nur in einem ganzheitlichen lebensverlaufsorientierten Ansatz gelingen kann. Der KDFB erwartet für den nächsten Gesundheitsbericht maßgebliche Veränderungen.

Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung, 23.10.2016